



Vorlage Stadtparlament

vom 10. März 2015

Nr. 2787

211.20.30 Beschulung fremdsprachiger Kinder, Deutschklassen, Integrationsklassen**Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach; Postulatsbericht****Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach“ wird als erledigt abgeschrieben.

1 Zusammenfassung

Die Stadt St.Gallen setzt namhafte pädagogische und finanzielle Ressourcen für die spezifische Förderung und die schulische und gesellschaftliche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund ein. Sie tut dies aus Überzeugung in vielfältiger Weise und mit Erfolg. Ein, wenn auch untergeordneter, Teilbereich, der ebenfalls im Dienste spezieller Integrationsbemühungen steht, ist der Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK), der nicht von der Volksschule, sondern von privaten Trägerschaften angeboten wird.

Es gibt aus verschiedenen Kantonen Beispiele guter Praxis, wie die Herausforderungen rund um den HSK-Unterricht als Chance auf eine bessere Integration zielführend genutzt werden können. Die Rechtsgrundlagen des Kantons St.Gallen fokussieren sich demgegenüber primär auf die eigenen Massnahmen der Volksschule, vorab auch im sprachlichen Bereich. Sie lassen eine Kontrolle und Regulierung des HSK-Unterrichts nicht zu. Dessen ungeachtet geht die Stadt einen pragmatischen Weg. Sie will nebst ihren weitgehenden Eigenleistungen auch den HSK-Unterricht als Gefäss für die Förderung der Erstsprache von Kindern mit Migrationshintergrund vermehrt nutzen, dazu aber mehr Verbindlichkeit von den Trägerschaften der HSK-Kurse einfordern.



Konkret sollen sich die vom Bildungsdepartement des Kantons St.Gallen anerkannten Trägerschaften gegenüber der Stadt künftig vertraglich verpflichten,

a) ohne jede Vorbehalte politisch und konfessionell neutral zu sein sowie nicht gewinnorientiert zu arbeiten;

b) nur HSK-Lehrpersonen einzustellen, die über eine pädagogische Ausbildung sowie Deutschniveau B1 (ohne Schreiben) verfügen und bereit sind, eine angemessene Anzahl kantonaler Weiterbildungskurse für HSK-Lehrpersonen zu absolvieren;

c) für Organisation, Durchführung und Finanzierung der Kurse selbst aufzukommen;

d) in einem pädagogischen Konzept festzulegen, welche Unterrichtsinhalte den Kindern in welcher Form vermittelt werden;

e) die Zusammenarbeit mit den Schulleitungen jener Schulen zu pflegen, in denen HSK-Kurse stattfinden.

Eine allfällige Kontrolle der Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen ist Gegenstand von Abklärungen in Zusammenarbeit mit der städtischen Integrationskommission.

Nebst mehr Verbindlichkeit der Trägerschaften zu den HSK-Kursen ist eine engere Anbindung des HSK-Unterrichts an die Strukturen der Regelschule erwünscht. Hier bestehen aber aus pädagogischer wie auch organisatorischer Sicht einige Zielkonflikte. Zum einen sind die jeweiligen Kinder oft in besonderem Masse auf die ordentliche schulische Förderung im Klassenverband angewiesen, weshalb die Dispensationen vom ordentlichen Unterricht nur ausnahmsweise erfolgen dürfen, nämlich dann, wenn gesichert ist, dass das Kind durch das Nachholen des verpassten Schulstoffs nicht überfordert ist. Zum anderen zeigt die Praxis, dass in den Schulhäusern während der Unterrichtszeit nur bedingt Raum für die parallele Durchführung des HSK-Unterrichts vorhanden ist. Sollten die Kinder aus mehreren Schulhäusern gemeinsam den HSK-Unterricht in einem bestimmten Schulhaus der Stadt besuchen, wird es zudem kaum möglich sein, den HSK-Unterricht während der Unterrichtszeit durchzuführen. Hingegen können die Schulen wertvolle Unterstützung bieten, indem sie Schulräume, Infrastruktur und Hilfsmittel unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Der Pädagogische Beirat hat sich wiederholt mit dem Thema „Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach“ auseinandergesetzt. Die daraus resultierenden konzeptionellen Folgerungen sind in den Bericht eingeflossen. Der Pädagogische Beirat unterstützt die Bestrebungen für mehr Verbindlichkeit und Kontrolle des HSK-Unterrichts.



2 Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	1
2	Inhaltsverzeichnis	3
3	Postulatsauftrag.....	4
4	HSK-Unterricht.....	4
4.1	HSK-Unterricht früher und heute	4
4.2	HSK-Unterricht in der Beurteilung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)	5
4.3	HSK-Unterricht in den Kantonen	6
4.3.1	Integrierte Sprachförderung	6
4.3.2	Rechtliche Grundlagen.....	7
4.3.3	Anmeldeverfahren und Information	7
4.3.4	Nachweis der Erstsprachenkompetenz.....	7
4.3.5	Weiterbildung HSK-Lehrpersonen.....	7
5	Entwicklung einer guten Praxis zum HSK-Unterricht in der Stadt.....	8
5.1	Aktueller Stand des HSK-Unterrichts	8
5.2	Fünf Handlungsfelder als Grundlage für eine gute Praxis.....	8
5.3	Ziel einer guten Praxis	9
5.4	Integration durch Stärkung der eigenen kulturellen Identität.....	9
5.5	Verfügbare Ressourcen als Grenze inhaltlicher Kontrollen	10
5.6	Vermehrte Integration des HSK-Unterrichts in den normalen Schulbetrieb	10
5.7	Bindung der Raumvergaben an die Erfüllung bestimmter Auflagen	11
5.8	Information und Anmeldeverfahren	11
5.9	Schaffung organisatorischer Verbindlichkeit.....	12
5.10	Grenzen der Machbarkeit.....	14
6	Stellungnahme Pädagogischer Beirat.....	14



3 Postulatsauftrag

Das Stadtparlament hat am 19. März 2013 das Postulat „Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach“ erheblich erklärt und dem Stadtrat folgenden Postulatsauftrag erteilt:

„Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten, welchen Platz in den städtischen Schulen Sprache und Kultur von Kindern mit Migrationshintergrund gegenwärtig haben, und gegebenenfalls Antrag zu stellen auf Einführung oder Ausweitung des Unterrichts in Heimatlicher Sprache und Kultur.“

Mit dem folgenden Bericht kommt der Stadtrat diesem Auftrag nach, dies allerdings unter den Einschränkungen, die der Stadtrat bereits im Rahmen der Erheblicherklärung formuliert hatte¹. Eine mit Zürich vergleichbare gesetzliche Grundlage und verbindliche Regelung der Kurse in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) fehlt im Kanton St.Gallen. Darüber hinaus wäre entgegen den Ausführungen im Postulat für die Ausgestaltung eines HSK-Lehrplans nicht das städtische Schulamt, sondern der Erziehungsrat des Kantons zuständig. Die Forderung nach Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und einem möglichen Lehrplan für HSK-Kurse müsste konsequenterweise an den Erziehungsrat gestellt werden. Ohne diese verbindlichen kantonalen Grundlagen ist auf städtischer Ebene eine unmittelbare Unterrichtskontrolle ausgeschlossen. Dies gilt gleichermassen für die Forderung nach einer allgemeinen Überprüfung der Lehrpersonen und der massgeblichen Trägerschaften. Auch hier fehlen im Kanton St.Gallen die gesetzlichen Grundlagen. Bei dieser Rechtslage sind für die Stadt St.Gallen die Voraussetzungen nicht gegeben, vergleichbar mit der Stadt Zürich den HSK-Unterricht zu kontrollieren und zu regulieren. Möglich ist dagegen, dass die Stadt St.Gallen die unentgeltliche Vergabe von Schulräumen für den Unterricht von HSK-Kursen an gewisse Bedingungen knüpft, wie das auch die Stadt Zürich tut.

4 HSK-Unterricht

4.1 HSK-Unterricht früher und heute

Der HSK-Unterricht ist in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren entstanden und wird seit seinen Anfängen durch die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) und die Kantone ideell und organisatorisch unterstützt. Früher richteten sich die HSK-Unterrichtsangebote vor allem an die Kinder von Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die sich vorübergehend in der Schweiz aufhielten (Italien, Spanien, die aus Jugoslawien hervorgegangenen Staaten, Portugal, die Türkei und Griechenland). Die Bezeichnung HSK wird in

¹ Postulat Vica Mitrovic: Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach; Frage der Erheblicherklärung, Antrag des Stadtrats vom 5. Februar 2013, Seiten 3 und 4



den meisten Kantonen beibehalten, obwohl sie im Wortsinn ungenau ist: Nur eine Minderheit der Kinder, die den HSK-Unterricht besuchen, würden das Herkunftsland von Mutter / Vater als ihre Heimat beschreiben. Die Lebenswelt der Kinder ist hier². Die Sprache, die ein Kind im HSK-Unterricht lernt, muss nicht immer die Sprache seiner empfundenen Heimat sein, sondern sie bezeichnet insbesondere die Herkunftssprache seiner Familie. In Forschung und Literatur wird alternativ auch der Begriff Erstsprachenunterricht oder Erstsprachförderung verwendet. Auch dieser Terminus birgt Probleme; so kann z. B. die in der Familie gesprochene Erstsprache bei den Kindern mit der Zeit zu Gunsten der Schulsprache zu einer Zweitsprache werden. Beide Begriffe haben also Vor- und Nachteile, meinen aber denselben Sachverhalt³.

Das Ziel des heutigen HSK-Unterrichts ist, die in den Familien von mehrsprachig aufwachsenden Kindern gesprochenen Sprachen auch in einem schulischen Kontext zu fördern, um Sprachkompetenzen zu erreichen, die über einen alltäglichen Sprachgebrauch hinausgehen, wie namentlich Lesen, Schreiben, Verständnis für die Sprachstrukturen und Aufbau eines erweiterten Wortschatzes in der jeweiligen Standardsprache. Daneben geht es auch um die Stärkung kultureller Identität².

4.2 HSK-Unterricht in der Beurteilung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Der aktuelle Forschungsstand zum Spracherwerb von zwei- und mehrsprachigen Kindern weist nach, dass sich gute Kompetenzen in der Erstsprache positiv auf das Erlernen weiterer Sprachen auswirken. Mit anderen Worten: Die Förderung der Erstsprache behindert oder verzögert nicht das Erlernen von Zweit- und Fremdsprachen, im Gegenteil: Der Sprachunterricht in der Regelklasse und der HSK-Unterricht ergänzen sich, da sich die jeweiligen Lernprozesse wechselseitig positiv beeinflussen. Der Unterricht in der Erstsprache stützt mehrsprachig aufwachsende Kinder in ihrer Sprach- und Identitätsentwicklung und leistet damit sowohl einen Beitrag zu deren Schulerfolg und Integration als auch zu einer Förderung der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Kompetenzen unserer Gesellschaft².

Die EDK bekräftigt deshalb in ihren Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder das grundsätzliche Recht von Kindern mit Migrationshintergrund, Sprache und Kultur des Herkunftslandes zu pflegen. Im Einzelnen empfiehlt sie, den HSK-Unterricht nach Möglichkeit während mindestens zwei Wochenlektionen in die Unterrichtszeit zu integrieren, kostenlos benötigte schulische Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die Zusammenarbeit

² Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung; Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur, HSK; Leitfaden zu Organisation und Zusammenarbeit für Lehrpersonen, Schulleitungen, HSK-Trägerschaften und Gemeindebehörden; Ausgabe August 2013

³ Anja Giudici und Regina Bühlmann, Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur: eine Auswahl guter Praxis in der Schweiz; EDK-Schriftenreihe „Studien + Berichte“, Bern 2014, Seite 2



zwischen den eigenen und den HSK-Lehrpersonen zu fördern, den Besuch des HSK-Unterrichts und gegebenenfalls die Benotung im Schulzeugnis auszuweisen sowie die Eltern mit Migrationshintergrund über die Bildungsangebote zu informieren⁴. Die nationale Strategie zur Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts der EDK von 2004 sieht vor, dass die Herkunftssprachen von Kindern mit Migrationshintergrund auch in den Regelunterricht einbezogen werden⁵. Die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) beinhaltet schliesslich eine Pflicht der ihr angeschlossenen Kantone, religiös und politisch neutral ausgestaltete HSK-Kurse organisatorisch zu unterstützen.⁶

4.3 HSK-Unterricht in den Kantonen

Die Praxis zum HSK-Unterricht gestaltet sich in den verschiedenen Kantonen ähnlich, die rechtliche Regelungsdichte jedoch recht unterschiedlich. Eine Übersicht zum Angebot, den Rahmenbedingungen und den rechtlichen Grundlagen des HSK-Unterrichts in sämtlichen Kantonen findet sich in einer spezifischen Datenbank der EDK. Gemäss dieser wird in der Schweiz HSK-Unterricht in rund 40 Herkunftssprachen angeboten. Die meisten Kontaktstellen der Kantone erfassen die HSK-Angebote der grösseren Sprachgruppen. Im Kanton St.Gallen sind es die fünf Sprachgruppen Albanisch, Arabisch, Chinesisch, Finnisch und Französisch. In gut einem Drittel der Kantone, so auch im Kanton St.Gallen, können die HSK-Trägerschaften eine kantonale Anerkennung erlangen (Akkreditierung). Die Anstellung der Lehrpersonen und die Unterrichtsaufsicht obliegen den HSK-Trägerschaften. Die Kantone Basel Stadt und Zürich kennen obligatorische Kurse für die HSK-Lehrpersonen.⁷

4.3.1 Integrierte Sprachförderung

In rund einem Drittel der Kantone gibt es Gesamtsprachenkonzepte (GSK), welche den HSK-Unterricht einbeziehen. Verschiedene Schulen in diversen Kantonen fördern zudem die Erstsprachen von Kindern mit Migrationshintergrund durch Projekte und Modelle mit integriertem HSK-Unterricht. Der Kanton St.Gallen kennt kein Gesamtsprachenkonzept, welches die Erstsprachen von Kindern mit Migrationshintergrund berücksichtigt, auch existieren keine Projekte und Modelle, die den HSK-Unterricht integrieren⁸.

⁴ Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), Empfehlungen der Plenarversammlung der EDK vom 24./25. Oktober 1991 zur Schulung der fremdsprachigen Kinder

⁵ Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule: Strategie der EDK und Arbeitsplan für die gesamtschweizerische Koordination; Beschluss der Plenarversammlung vom 25. März 2004; siehe dort Kapitel 1.1; 2.1; 2.2; 3.8.2.

⁶ Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS), vom 14. Juni 2007 (siehe dort Art. 4.4)

⁷ Datenbank EDK: www.edk.ch > Arbeiten > Weitere Themen und Projekte > Bildung und Migration > Unterrichtsangebote

⁸ Datenbank EDK: www.edk.ch > Arbeiten > Weitere Themen und Projekte > Bildung und Migration > Integrierte Sprachförderung



4.3.2 Rechtliche Grundlagen

Ebenso wenig kennt der Kanton St.Gallen eine gesetzliche Regelung zum HSK-Unterricht. Dies im Gegensatz zu mehr als zwei Dritteln aller Kantone, welche den HSK-Unterricht auf Ebene Gesetz oder Ausführungsbestimmungen regeln. Einzig das kantonale *Kreisschreiben zur Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund* vom 15. Juni 2005 sowie die kantonalen *Empfehlungen zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindergarten und Volksschule* vom 15. August 2005⁹ geben einen gewissen Rahmen vor.

4.3.3 Anmeldeverfahren und Information

In vielen Kantonen, so auch im Kanton St.Gallen, erhalten die HSK-Trägerschaften Unterstützung bei der Information der Eltern und mehr als ein Drittel der Kantone koordiniert, zum Teil gemeinsam mit den Trägerschaften, die HSK-Anmeldungen. Im Kanton St.Gallen sind die Trägerschaften und das Amt für Volksschule zuständig für die Information. Die Koordination der HSK-Anmeldungen erfolgt durch die Trägerschaften¹⁰. In allen Kantonen stehen HSK-Auskunftspersonen zur Verfügung und es können HSK-Materialien bezogen werden, teils auch online.

4.3.4 Nachweis der Erstsprachenkompetenz

In den meisten Kantonen können der Besuch und / oder die Note des HSK-Unterrichts im kantonalen Zeugnis ausgewiesen werden. Im Kanton St.Gallen wird der Besuch des HSK-Unterrichts im Zeugnis entweder durch direkten Eintrag oder durch Beilage eines Formulars ausgewiesen. Dasselbe gilt für die im HSK-Unterricht erzielte Note.¹¹

4.3.5 Weiterbildung HSK-Lehrpersonen

In vielen Kantonen sind die kantonalen Weiterbildungsangebote auch HSK-Lehrpersonen zugänglich, wobei teilweise einschränkende Bestimmungen gelten. Spezifische Weiterbildung für HSK-Lehrpersonen gibt es in zehn Kantonen. Dazu gehört auch der Kanton St.Gallen. Angebote befinden sich teilweise im Rahmen der Projektförderung durch den Bund im Aufbau. In Basel Stadt und Zürich gibt es zudem obligatorische Kurse für HSK-Lehrpersonen. In etwa drei Vierteln aller Kantone gibt es Weiterbildungen zur Bedeutung von Erstsprachförderung und zur Mehrsprachigkeit. Im Kanton St.Gallen präsentiert sich die

⁹ Datenbank EDK: www.edk.ch > Arbeiten > Weitere Themen und Projekte > Bildung und Migration > Rechtliche Grundlagen

¹⁰ Datenbank EDK: www.edk.ch > Arbeiten > Weitere Themen und Projekte > Bildung und Migration > Anmeldeverfahren

¹¹ Datenbank EDK: www.edk.ch > Arbeiten > Weitere Themen und Projekte > Bildung und Migration > Erstsprachenkompetenz



Situation folgendermassen: HSK-Lehrpersonen können grundsätzlich nicht zu den gleichen Voraussetzungen wie Lehrpersonen der öffentlichen Schulen kantonale Weiterbildungsangebote besuchen. Hingegen gibt es kantonale Weiterbildungsangebote, welche sich spezifisch an HSK-Lehrpersonen richten.

5 Entwicklung einer guten Praxis zum HSK-Unterricht in der Stadt

5.1 Aktueller Stand des HSK-Unterrichts

In der Stadt wie auch in den Gemeinden des Kantons St.Gallen findet der HSK-Unterricht auf der gesamten Volksschulstufe statt, wobei von zwei Wochenlektionen ausgegangen wird. Die HSK-Lehrpersonen haben unentgeltlich Zugang zur räumlichen und mobilen Infrastruktur derjenigen Schule, an welcher der Unterricht stattfindet. Aus Sicherheitsgründen nicht erlaubt ist die Benutzung von Computern und Smartboards. Private Geräte dürfen hingegen über WLAN benutzt werden. Weiter dürfen die HSK-Lehrpersonen mit einem Code Kopien für ihre Kurse erstellen.

5.2 Fünf Handlungsfelder als Grundlage für eine gute Praxis

Obwohl schweizweit unterschiedliche HSK-Modelle bestehen, sind die grundlegenden Herausforderungen sehr ähnlich. Im Wesentlichen geht es darum, den HSK-Unterricht bestmöglich mit dem Unterricht in der Regelschule zu koordinieren und dessen Qualität zu fördern, ohne die Hauptverantwortung der Trägerschaften zu tangieren. Die wichtigsten Handlungsfelder lassen sich wie folgt zusammenfassen¹²:

1. Es müssen rechtlich-konzeptionelle Fragen angegangen werden: Man muss sich auf kantonalen Ebene klar sein über die Form der Unterstützung des HSK-Unterrichts gemäss den *Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder* der EDK vom 24. Oktober 1991. Für die Kantone des HarmoS-Konkordats fragt sich zudem, wie die Verpflichtung, religiös und politisch neutral ausgestaltete HSK-Kurse organisatorisch zu unterstützen, in kantonales Recht umgesetzt werden kann.
2. Auf struktureller Ebene stellt der Einbezug der involvierten Personen eine Herausforderung dar: In die Organisation sind meist kantonale Behörden, Trägerschaften, Schulgemeinden und Schulen involviert. Die Kantone bedürfen eines Konzepts zur Aufgabenteilung, zur Rolle der Akteure und zur Ausgestaltung der Koordination.

¹² Anja Giudici und Regina Bühlmann, Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur: eine Auswahl guter Praxis in der Schweiz; EDK-Schriftenreihe „Studien + Berichte“, Bern 2014, Seiten 23 ff.



3. Auf pädagogisch-didaktischer Ebene bestehen die grössten Herausforderungen. Es stellt sich die Frage nach dem Einbezug der HSK-Koordinationspersonen und der HSK-Lehrpersonen. Hürden sind z. B. sprachliche Verständigungsprobleme oder unterschiedliche didaktisch-inhaltliche Vorstellungen über den Unterricht an sich.
4. Auf Ebene der Trägerschaften erweist sich das Erzielen eines qualitativ hochstehenden Unterrichts nach den Grundsätzen der Schweizerischen Volksschule und des HarmoS-Konkordats als anspruchsvoll. Das Angebot und die HSK-Lehrpersonen werden von den Trägerschaften bereitgestellt, die teils mit erschwerten finanziellen, organisatorischen und sprachlichen Bedingungen kämpfen.
5. Schliesslich müssen die in der Organisation des HSK-Unterrichts involvierten Personen in Schule und Gesellschaft gut vernetzt sein. Den Informationsfluss trotz der Vielzahl beteiligter Personen zu garantieren, ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

5.3 Ziel einer guten Praxis

Es gibt aus unterschiedlichen Kantonen Beispiele guter Praxis, wie diese Herausforderungen aus den genannten fünf Handlungsfeldern erfolgreich angegangen werden. Kommunale Beispiele aus dem Kanton St.Gallen sind nicht bekannt¹³. Grund dafür dürfte sein, dass die Hauptverantwortung für das Ermöglichen einer guten Praxis auf der Stufe der Kantone und bezüglich der Unterrichtsqualität bei den externen Trägerschaften liegt. Dennoch soll in der Stadt St.Gallen zumindest der Rahmen des personell und finanziell Möglichen auf pragmatischem Weg sinnvoll ausgeschöpft werden. Ziel ist es, ganz nach dem Vorbild anderer Kantone, eine wertschätzende Haltung gegenüber anderen Kulturen im Schulalltag zu leben und bilingualen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit einzuräumen, ihre Mehrsprachigkeit als Chance zu verstehen¹⁴.

5.4 Integration durch Stärkung der eigenen kulturellen Identität

In der Schweiz spielt in Sachen HSK-Unterricht der Kanton Zürich eine Vorreiterrolle. In enger Zusammenarbeit mit den Trägerschaften wurde hier ein Rahmenlehrplan entwickelt, an dem sich zusehends mehr Kantone orientieren. Auch der Kanton St.Gallen plant, diesen für den HSK-Unterricht zu empfehlen. Übergeordnete Grundsätze finden sich ferner in Papieren der EDK wie auch in solchen des Europarates und der UNO. So empfiehlt die EDK explizit eine Anbindung des HSK-Unterrichts an die Regelstrukturen der Volksschule. Auch der

¹³ EDK-Schriftenreihe Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur: Eine Auswahl guter Praxis in der Schweiz aus dem Jahr 2014

¹⁴ Anja Giudici und Regina Bühlmann, Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur: eine Auswahl guter Praxis in der Schweiz; EDK-Schriftenreihe „Studien + Berichte“, Bern 2014, Seite 5



Lehrplan 21 enthält an mehreren Stellen Hinweise zur kulturellen Identität und interkulturellen Kompetenz von Schülerinnen und Schülern. Gerade die Stärkung dieser beiden Aspekte ist Ziel des HSK-Unterrichts. Dabei orientiert sich der schwergewichtig sprachorientierte HSK-Unterricht an der Situation der Familie und des Kindes im Aufenthaltsland und zielt auf eine erfolgreiche Integration durch Stärkung der eigenen kulturellen Identität¹⁵.

5.5 Verfügbare Ressourcen als Grenze inhaltlicher Kontrollen

Der HSK-Unterricht kann als wichtiges Gefäss für die Förderung der Erstsprache von Kindern mit Migrationshintergrund gewertet werden. Dies darf jedoch nicht von politisch oder religiös motivierten Gruppierungen für die Vermittlung entsprechender Inhalte missbraucht werden. Zuweilen wird in diesem Kontext regelmässig auch die Forderung laut, dass der Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur in erster Linie der Integration der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz dienen soll und nicht dem Herkunftsland. Der Aspekt einer damit einhergehenden inhaltlichen Kontrolle des HSK-Unterrichts wird vielerorts kontrovers diskutiert. Einerseits ist es unbefriedigend, wenn überhaupt keine Kenntnisse darüber vorhanden sind, was den Kindern im Rahmen dieser Lektionen vermittelt wird. Von daher wäre wünschenswert, dass von den jeweiligen Trägerschaften ein Konzept verlangt wird, welches zumindest grob aufzeigt, wie die Unterrichtsinhalte aussehen sollen. Andererseits macht ein solches Konzept nur Sinn, wenn dessen Umsetzung effektiv überprüft werden kann. Dazu sind aber zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen nötig. Der angestrebte konzeptionelle Ansatz wie auch punktuell mögliche Kontrollmechanismen können zumindest in einem bescheidenen Ausmasse zusammen mit der städtischen Integrationskommission genauer geprüft werden¹⁶.

5.6 Vermehrte Integration des HSK-Unterrichts in den normalen Schulbetrieb

Kommt man zum Schluss, dass der Kontrollaspekt wichtig ist, jedoch nicht im Zentrum der Überlegungen rund um den HSK-Unterricht stehen darf, dann stellt sich unweigerlich die Frage, ob eine vermehrte Integration des HSK-Unterrichts in den normalen Schulbetrieb nicht zielführender wäre. Vor diesem Hintergrund ist eine engere Anbindung des HSK-Unterrichts an die Strukturen der Regelschule erwünscht, womit auch die wichtige gesellschaftliche Anerkennung dieses Unterrichts verbunden wäre. Aus pädagogischer Sicht besteht jedoch ein Zielkonflikt, denn ein Teil der Kinder mit Migrationshintergrund ist wegen sprachlicher und sozialer Benachteiligungen auf die ordentliche schulische Förderung im Klassenverband in besonderem Masse angewiesen. Ferner zeigt die Praxis, dass in den

¹⁵ Vgl. auch Protokoll Sitzung des Pädagogischen Beirats vom 21. Mai 2013, Ausführungen Reto Moritz, Leiter der Fach- und Beratungsstelle „Migration und kulturelle Vielfalt“

¹⁶ Art. 6 Reglement zum Vollzug des Integrationskonzeptes vom 18. Dezember 2011, sRS 331.5



Schulhäusern während der Unterrichtszeit nur bedingt Raum für die parallele HSK-Durchführung vorhanden ist. Sollen gar Kinder aus mehreren Schulhäusern gemeinsam den HSK-Unterricht in einem bestimmten Schulhaus der Stadt besuchen, ist es schwierig, den HSK-Unterricht während der Unterrichtszeit durchzuführen.

5.7 Bindung der Raumvergaben an die Erfüllung bestimmter Auflagen

Um zum HSK-Unterricht mehr Verbindlichkeit und Kontrolle von den HSK-Trägerschaften einfordern zu können, ist die Vergabe der Schulräume stärker mit Auflagen zu verknüpfen. Als sinnvoll erachtet werden in diesem Zusammenhang Leitlinien (z.B. bezüglich Qualifikation und Deutschkenntnisse der HSK-Lehrpersonen), deren Einhaltung zu kontrollieren ist. Letzteres ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die zusätzliche personelle Ressourcen erfordert¹⁷.

5.8 Information und Anmeldeverfahren

Als Ergänzung zum Unterricht der Volksschule können mehrsprachige Kinder den HSK-Unterricht schon heute in ihrer Erstsprache besuchen. Aktuell werden 30 Kurse für rund 20 Sprachen angeboten¹⁸. Die Benutzung dieses Angebots soll über schulnahe Kommunikationswege, beispielsweise Broschüren, bekannt gemacht und von den Schulen ausdrücklich empfohlen werden¹⁹. Die Eltern entscheiden, ob sie ihr Kind anmelden wollen. Dazu sei exemplarisch auf den Kanton Zürich verwiesen. Dort erhalten alle Schulleitungen einen vom Kanton erarbeiteten Flyer für die Online-Anmeldung zum HSK-Unterricht zur Weiterleitung an alle Lehrpersonen des Kindergartens und der 1. Klasse. Diese informieren jeweils im Januar die Eltern ihrer mehrsprachigen Schülerinnen und Schüler. Die Eltern melden ihr Kind sodann selber und online via Link auf dem Flyer an. Falls Eltern mitteilen, dass sie keinen Internetanschluss haben, werden die Lehrpersonen gebeten, die Elterninformation in der jeweiligen Sprache und das Formular für die Anmeldung auf Papier auszudrucken und abzugeben. Für das Einsenden einer Anmeldung auf Papier an die Trägerschaft sind die Eltern verantwortlich. Ferner besteht, ebenfalls vom Kanton zur Verfügung gestellt, eine Liste der „Koordinatorinnen und Koordinatoren anerkannter Trägerschaften“ sowie ein in fast 30 Sprachen abgefasster Informationsflyer für Eltern *Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK)*, der erklärt, was HSK-Unterricht ist, was er nützt, wie Eltern die Sprachentwicklung ihres mehrsprachigen Kindes unterstützen können, wie der HSK-Unterricht organisiert ist, wie das Anmeldeprozedere verläuft und insbesondere an wen die Anmeldung zu tätigen ist. Nach dem Vorbild des Kantons Zürich soll für die Stadt St.Gallen unter Einbezug der Integrationskommission geprüft werden, unter welchen Bedingungen eine weit bescheidene-

¹⁷ Protokoll Sitzung des Pädagogischen Beirats vom 26. Februar 2013

¹⁸ Liste „HSK-Unterricht in der Stadt St.Gallen“

¹⁹ Beispiel Broschüre Amt für Gesellschaftsfragen: „Die wichtigsten Fachstellen und Hilfsangebote für Neuzugezogene und Bewohnerinnen und Bewohner in der Stadt St.Gallen“



re, schrittweise Entwicklung der Anmeldemodalitäten in diese Richtung technisch und personell möglich wird.

5.9 Schaffung organisatorischer Verbindlichkeit

Für den HSK-Unterricht stellt die Stadt unentgeltlich Schulräume zur Verfügung und sie erlaubt das Kopieren auf den schuleigenen Kopiergeräten. Dafür darf die Stadt eine qualitativ angemessene Gegenleistung verlangen. Dazu stellt sich die Frage, welche pragmatischen städtischen Ansätze dieses erklärte Ziel bestmöglich fördern.

In Anlehnung an die Vorgaben des Kantons Zürich könnte mehr Verbindlichkeit wie folgt geschaffen werden:

1. *Grundsatz:* Die Organisation und die Durchführung der Kurse und deren Finanzierung, ebenso die Auswahl, Anstellung und Beaufsichtigung der HSK-Lehrpersonen obliegt den HSK-Trägerschaften. Die Schulen der Stadt St.Gallen ermöglichen die Durchführung der HSK-Kurse jener Trägerschaften, die vom kantonalen Bildungsdepartement (BLD) anerkannt sind. Die angemeldeten Kinder erhalten im HSK-Unterricht vertiefte Kenntnisse in ihrer Erstsprache und über ihre Herkunftskultur.
2. *Auflagen:* Die vom BLD anerkannten Trägerschaften gehen mit dem Schulamt einen Vertrag ein, worin sie erklären,
 - a) ohne jeden Vorbehalt politisch und konfessionell neutral zu sein sowie nicht gewinnorientiert zu arbeiten;
 - b) nur HSK-Lehrpersonen einzustellen, die über eine pädagogische Ausbildung, Deutschniveau B1 (ohne Schreiben) verfügen und bereit sind, eine angemessene Anzahl kantonalen Weiterbildungskurse für HSK-Lehrpersonen zu absolvieren²⁰;
 - c) dass Organisation, Durchführung und Finanzierung der Kurse Sache der Trägerschaft sind.
3. *Vertragsbestandteil ist ein Konzept,* in welchem die jeweilige Trägerschaft aufzeigt, dass sie die Lernziele des HSK-Rahmenlehrplans des Kantons Zürich kennt und anerkennt und mit welchen inhaltlichen, methodisch - didaktischen Schwerpunktsetzungen sie diese zu erfüllen gewillt ist.

²⁰ Zum Vergleich: Kanton ZH kennt ein obligatorisches Einführungsmodul an der PH Zürich (6 Tage)



4. *Aufgaben der Schulen:* Die Schulen stellen Infrastruktur und Hilfsmittel unentgeltlich zur Verfügung. Die Schulleitungen dispensieren Schülerinnen und Schüler während höchstens zwei Lektionen pro Woche vom ordentlichen Unterricht, sofern gesichert ist, dass das Kind durch das Nachholen des in der fraglichen Zeit „verpassten Schulstoffs“ nicht überfordert ist. Falls als Folge der Durchführung von HSK-Unterricht organisatorische oder sonstige Missstände auftreten, melden die Schulleitungen diese dem Schulamt.
5. *Aufgaben des Schulamts:* Das Schulamt klärt zusammen mit der Integrationskommission ab, welche Kontrollaufgaben sinnvoll und unter den aktuellen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten näher zu prüfen wären.
6. *Aufgaben der Schulleitung:* Die Schulleitungen jener Schulen, in denen HSK-Kurse stattfinden, treten mindestens jährlich mit den HSK-Lehrpersonen in Kontakt. Sie fragen nach, wie gut die Zusammenarbeit zwischen HSK-Lehrpersonen und Schule funktioniert und ob die Arbeitssituation zufriedenstellend ist.
7. *Darauf achten HSK-Lehrpersonen:* Sie stellen sich in der Schule der Schulleitung und den Lehrpersonen vor. Sie achten darauf, dass die Schülerinnen und Schüler sorgfältig mit Möbeln und Materialien umgehen. Sie beaufsichtigen die HSK-Schülerinnen und Schüler auch in den Pausen. Sie melden Probleme im Zusammenhang mit der Raumnutzung der Schulleitung.
8. *Darauf achten die Schulleitungen:* Sie besprechen mit den HSK-Lehrpersonen die Regeln der Raumbenützung und der Schule im Allgemeinen. Sie ermöglichen ihnen die Infrastrukturnutzung im erwähnten Sinne. Sie ermöglichen Kontakte und Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonenkollegium durch Einladungen der HSK-Lehrpersonen zu bestimmten Anlässen. Sie sorgen dafür, dass die HSK-Lehrpersonen über Schulausfall oder besondere Anlässe informiert werden.
9. *Vorgehen bei Fragen, Klagen oder Missständen:*

In einem Gespräch vor Ort bespricht die Schulleitung mit den beteiligten Lehrpersonen und den verantwortlichen HSK-Trägerschaften Unklarheiten.

Bei schwerwiegenden und wiederholten Problemen oder Missständen, namentlich auch im Falle begründeter Vermutung der Nichterfüllung der vertraglich eingegangenen Verpflichtungen, ist die Schulleitung gehalten, diese dem Schulamt schriftlich zu melden.



5.10 Grenzen der Machbarkeit

Der Eigeninitiative der Stadt sind Grenzen gesetzt. Selbst wenn die Stadt im Rahmen eines kreativen Pragmatismus auf bestehende Stärken setzt und sich entschlossen zeigt, diese kontinuierlich auszubauen, so sind ihr ohne tatkräftiges, pro - aktives Mitwirken des Kantons vergleichbar grosse Würfe wie im Kanton Zürich nicht möglich. Eine weitere praktische Grenze bieten die personellen respektive finanziellen Ressourcen. Es wird pragmatisch, aber nicht minder wirksam der vorstehend skizzierte vertragliche Weg beschritten. Dazu hat die Stadt als weisungsbefugte Hausherrin, welche Räume unentgeltlich zur Verfügung stellt, die Kompetenz. Die vertragliche Bindung lässt erwarten, dass die Trägerschaften der HSK-Kurse sich befehligen werden, die eingegangenen Auflagen auch ohne laufende Kontrollen zu erfüllen und damit mehr Verbindlichkeit, aber auch mehr Nähe zu den städtischen Schulen zu schaffen.

6 Stellungnahme Pädagogischer Beirat

Ziel des HSK-Unterrichts ist die Förderung der kulturellen Identität und interkulturellen Kompetenz von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Die Stärkung der eigenen kulturellen Identität soll zu einer erfolgreichen Integration beitragen. Die EDK empfiehlt explizit eine Anbindung des HSK-Unterrichts an die Regelstrukturen der Volksschule, und auch der Lehrplan 21 enthält an mehreren Stellen entsprechende Hinweise. In der Vergangenheit hat der Kanton Zürich in enger Zusammenarbeit mit den Trägerschaften der HSK-Kurse einen Rahmenlehrplan entwickelt, welcher aus Sicht des Pädagogischen Beirats auch für Kanton und Stadt St.Gallen leitend sein könnte.

Der Pädagogische Beirat anerkennt den HSK-Unterricht als wichtiges Gefäss für die Förderung der Erstsprache von Kindern mit Migrationshintergrund. Es besteht Einigkeit darüber, dass es für die Schulen unbefriedigend ist, keine Kenntnisse darüber zu haben, was den Kindern im HSK-Unterricht vermittelt wird. In diesem Sinne befürwortet der Pädagogische Beirat explizit eine vorstehend skizzierte vertragliche Lösung, welche unter Ausschöpfung der spezifischen Rechtslage im Kanton St.Gallen jene Verbindlichkeit schafft, die als nötig erachtet wird, um eine angemessene „Inhaltskontrolle“ durchzuführen. Ebenfalls befürwortet wird, dass von den jeweiligen Trägerschaften ein Konzept verlangt wird, welches zumindest grob aufzeigt, wie die Unterrichtsinhalte sowie die methodisch - didaktischen Vorgehensweisen aussehen. Der Pädagogische Beirat nimmt zustimmend davon Kenntnis, dass die Schulleitung vor Ort einen regelmässigen Austausch mit den HSK-Lehrpersonen pflegen soll, welche in ihrem Schulhaus unterrichten.



Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Postulat vom 4. Dezember 2012

